

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Bismarckstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen.

Postfachkonto: Dresden 1580
Groschstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 277.

Montag, 29. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Voten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abgabe- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Räumlich gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Neue Streitigkeiten mit Polen.

Am 29. Dezember betrachten die Völkerbundsräte in Genf wird, wie zuverlässig bekannt wird, auch der polnische Außenminister Jaksic teilnehmen. In Regierungskreisen begrüßt man die Teilnahme Jaksics an den kommenden Genfer Beratungen und spricht bereits von der Möglichkeit einer eingehenden Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister. In der letzten Zeit haben sich zwischen Deutschland und Polen Streitigkeiten und Gegensätze verschiedener Art ergeben, die nach Ansicht des Auswärtigen Amtes nur auf Grund einer persönlichen Aussprache zwischen den Außenministern Deutschlands und Polens beseitigt bzw. durch die Festlegung eines Verhandlungsbasis geregelt werden kann.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen dauern bereits über ein Jahr an, ohne daß Aussicht besteht, zu einer Einigung zu gelangen. Zu dieser Schwierigkeit ist noch eine andere Frage hinzugekommen, nämlich die Angelegenheit der polnischen Landarbeiter. Es handelt sich hier einmal um die Wanderarbeiter, die jährlich aus Polen nach Deutschland kommen, und nach Beendigung der Centarbeit wieder in die Heimat zurückkehren. Das offizielle Kontingent für diese Gruppe polnischer Arbeiter betrug für 1926 130 000 und ist angelehnt an den deutschen Erwerbslosennachfrage für 1927 auf 100 000 herabgesetzt worden. Die polnische Presse stellt in dieser Angelegenheit eine feindselige Haltung der deutschen Regierung, welche Behauptung jedoch völlig sinnlos ist. Das Warschauer Kabinett will nun nach den an ausländische Vertretungen vorliegenden Informationen tatsächlich zu „Vergeltungsmaßnahmen“ greifen. Sie will die in Polen anwesenden deutschen Familien — es handelt sich hier um Zehntausende — nach Deutschland ausweisen. Falls die polnische Regierung diesen Gedanken in die Tat umsetzen sollte, würde die Reichsregierung sich zu Repressalien entschließen müssen.

In den Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen gehört schließlich auch die Frage der Behandlung der deutschen Minderheiten in Ostoberschlesien. Die letzten Gemeindevahlen haben bewiesen, daß die Mehrheit des Ostoberschlesien oberösterreichischen Gebietes vollständig deutsch denkt und fühlt. Die Terrorisierungsmaßnahmen der polnischen Behörde haben also nicht vermocht, die deutsche Bevölkerung für das polnische System zu gewinnen.

Neben diesen angeführten Fragen werden die Außenminister Deutschlands und Polens auf der bevorstehenden Völkerbundstagung sich auch über hochpolitische Probleme unterhalten. Das gilt vor allem für die Frage einer Veränderung der deutsch-polnischen Grenzen. Allen Ansichten nach sind in Warschau Bestrebungen im Gange, diese heisse Frage zunächst in unterirdischer Form mit Deutschland zur Sprache zu bringen. Selbstverständlich würde Polen bei Zugeständnissen in der Grenzfrage von Deutschland Konzessionen auf anderem Gebiete verlangen, worauf die polnischen Bestrebungen hinauslaufen, geht aus der Rede des Ministerpräsidenten Pilsudski nach Warschau hervor. Es wird in diesem Zusammenhang von einer überaus wichtigen Politik der Warschauer Regierung gesprochen, die eine Vereinnahmung der wehrfähigen Gebiete mit den polnischen Ostkreisen und eine Vereinnahmung der russischen mit den polnischen Ukraine erstreckt. Danach ist die Schaffung von drei neuen selbständigen Staaten in Aussicht genommen: der Ukraine, der Weißrussen und der Litauer. Innerhalb der Grenzen dieser Länder will man den dort wohnenden Völkern Autonomie gewähren, jedoch unter der Lebensherrschaft Polens. In den Berliner politischen Kreisen wird dieses Projekt bereits eingehend diskutiert. Im Hinblick auf die deutsch-russischen Beziehungen ist jedoch kaum anzunehmen, daß die deutsche Außenpolitik ihre Hand dazu bieten wird, um die Bestrebungen Pilsudskis zu unterstützen.

Kardorf über die politische Lage.

Worms. Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei dessen hielt Reichstagsabgeordneter v. Kardorf eine Rede, in der er sich zunächst mit der Außenpolitik beschäftigte. Weiter sprach der Redner über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, wobei er erklärte, der Völkerbund sei eine Tribüne, von der der deutsche Sprecher gehört werden wird in der ganzen Welt, und kam dann auf den Dawes-Vertrag zu sprechen. Er sagte: Wir wissen, daß die Fakten hart und schwer sind. Deutschland wird sie auf die Dauer nicht tragen können. Die Revision des Vertrages ist die erste Forderung des Tages. Die Politik, eine endgültige Verhandlung zwischen Frankreich und Deutschland zu erreichen, hat bisher zum Erfolg nicht geführt. Wie immer der Ausgang sein wird, wenn und weitere Erfolge nicht beschieden sein sollten, so würde diese Politik doch immer den Erfolg haben, der Welt zu zeigen, daß nicht Deutschland, sondern Frankreich der Anführer ist.

Im Zusammenhang mit einer scharfen Kritik am Reichstag kündigte v. Kardorf an, daß die Deutsche Volkspartei die Befugnis des Reichspräsidenten, der aus direkten Wahlen hervorgeht, nach dem Vorgang von Amerika und der Schweiz stärken werde. Weiter wies der Redner u. a. die Gerichtspräsidenten des Reichstages, der das deutsche Rechtswesen untergrabe, entschieden zurück und erklärte, die Bestrebungen der Linken, die Reichswehr in die Hand zu bekommen, müßten abgewiesen werden. Weiter sprach er über die Deutschnationale Volkspartei, mit der die Deutsche

Eine Biermächtekonferenz nach Genf?

Paris. Im Matin schreibt Sauerwein, daß der bevorstehende Völkerbundstagung eine Konferenz der vier Großmächte, Deutschland, Frankreich, England und Italien, folgen werde. Bei dieser Gelegenheit sucht Sauerwein nachzuweisen, welches Entgegenkommen Deutschland seitens Frankreichs bisher schon gefunden habe. Er erinnert daran, daß Stresemann in Locarno den Alliierten eine Liste mit einer Reihe deutscher Forderungen vorgelegt habe, die mit Ausnahme der Aufhebung der Militärkontrollen von den Alliierten erfüllt worden seien (?). In der Militärkontrollfrage suchte man jetzt die letzten strittigen Punkte zu regeln und in Genf würden die Minister der vier Ueberwachten durch den Völkerbund angehen werden soll. Seit Thoiry betrete Deutschland auf der Abklärung der militärischen Befugnisse in der Zone von Koblenz und Mainz. Deutschland sei bis jetzt aber noch nicht in der Lage gewesen, konkrete Gegenangebote zu machen. Man erwarte diese Angebote Deutschlands, um zu entscheiden, ob sie das französische Parlament und die öffentliche Meinung Frankreichs zu einem Verzicht auf einen Teil der Rechte Frankreichs bestimmen könnten. Deutschland hatte hypothetisch nur auf diese Frage der Rheinlandbefugnis und versetzt, daß es sich um eine Annäherungspolitik handele, deren Früchte langsam reifen müßten (!). Diese Politik habe schon wertvolle Ergebnisse und die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder gebracht, die fast jede durch neue nährbringende Uebereinkommen befestigt werden. In Genf und besonders in einer späteren Konferenz, an der auch Mussolini kommen werde, werde Stresemann an den Entscheidungen über die europäische Politik teilnehmen als der Vertreter einer Nation, die in dem von Briand erstrebten Biermächtebund eine gleichberechtigte Rolle spielen werde. Mit der Teilnahme des italienischen Ministerpräsidenten könnten die kommenden Konferenzen gewisse Gefahren beseitigen, die in den letzten Monaten am Horizont Europas aufgetaucht seien, aber nur unter der Bedingung, daß die verantwortlichen Minister den Rat hätten, dem Druck der Nationen in ihren Ländern zu widerstehen.

Geteilte französische Ansichten über die Biermächtekonferenz.

Paris. Die Sonntagspresse nimmt ausführlich Stellung zu den Fragen einer Biermächtekonferenz. Der Temps meint, daß der Gedanke einer aktiven und fruchtigen Zusammenarbeit zwischen Frankreich, England, Deutschland und Italien ein großer Gedanke im Rahmen der Versöhnungspolitik sei, daß man aber wissen müsse, wie er praktisch verwirklicht werden könne. Die Pariser Zusammenkunft zwischen Briand und Chamberlain werde bestimmt eine weitgehende Uebereinkunft des französischen und englischen Standpunktes über die in Genf zu regelnden Fragen bringen. Der Matin verwirft den Gedanken, daß nach den jüngsten französisch-italienischen Zwischenfällen

Volkspartei so vieles Gemeinsame habe. Um so mehr sei zu bedauern, daß die Deutschnationale Volkspartei sich der gemeinsamen Politik verschlossen habe und aus der Regierung ausgetreten sei und den Reichsanwalt Dr. Vöhrer gestützt habe. Die Darstellung, als sei die Sozialdemokratie wieder ein stiller Teilhaber der Regierung, sei indessen durchaus irrig. Die Faktionen der Deutschen Volkspartei sei solchen Bestrebungen entgegengetreten.

Die Faktionen im Landtage.

Am Eröffnungstage des neuen Landtages haben die Faktionen dem Präsidium die Ergebnisse ihrer Vorkandidaten bekanntgegeben. Bei den Deutschnationalen ist der bisherige Faktionsvorsitzende Kommerzienrat Holmann wiedergewählt; als Stellvertreter wurden die Abgeordneten Dr. Eberle und Prof. Siebert gewählt. In der Deutschen Volkspartei wurde ebenfalls der bisherige Faktionsvorsitzende Dr. Blüher wiedergewählt; Stellvertreter wurden die Abgeordneten Köllig, Leipzig, und Schmidt, Chemnitz. In der Faktion der Wirtschaftspartei wurden Obermeister Kaiser, Dresden, zum Vorsitzenden und die Abgeordneten Grohmann, Dresden, und Ahmann, Dresden, zu Stellvertretern gewählt. Die Demokraten wählten ihren bisherigen Vorsitzenden Dr. Seeger, Dresden, wieder; die Faktion der Alten Sozialdemokratischen Partei den Abgeordneten Wirth, Dresden. Die Faktion der Sozialdemokratischen Partei wählte die Abgeordneten Böchel, Chemnitz, Ebel, Dresden, und Liehmann, Leipzig, mit gleichen Rechten zu ihren Vorsitzenden. In der kommunistischen Faktion wurde der neugewählte Abgeordnete Eberl, der kürzlich in Berlin verhaftet wurde und deshalb an der Eröffnungstagung des Landtages nicht teilnehmen konnte, zum Vorsitzenden und der bisherige Faktionsvorsitzende Wötter zum Stellvertreter gewählt. Die Abgeordneten der Partei für Volksrecht und Aufwertung haben ihren Vorsitzenden noch nicht angemeldet.

Wechsel in der Besetzung der Landtagsausschüsse.

Wie verlautet, ist unter den Parteien des Landtages eine Vereinbarung über die Besetzung der Ausschüsse des Landtages zustande gekommen, die gegen früher einige wesentliche Veränderungen aufweist. Im Haushaltsausschuß werden die Sozialdemokraten wie früher den Vorzug er-

halten, während der Stellvertreter der Wirtschaftspartei zu setzen soll. Der Haushaltsausschuß B, dessen Vorsitzenden bisher die Volkspartei stellte, soll einen Deutschnationalen als Vorsitzenden erhalten und als Stellvertreter einen Sozialdemokraten. Im Rechtsausschuß, in dem bisher die Deutschnationalen den Vorsitz hatten, soll ein Kommunist den Vorsitz führen und ein Deutschnationaler Stellvertreter werden. Für den Prüfungsausschuß, in dem bisher die Kommunisten den Vorsitz hatten, ist als Vorsitzender ein Volksparteier und als Stellvertreter ein Kommunist in Aussicht genommen.

England und die Genfer Verhandlungen.

London. Der Oberverder hält es im Rahmen einer ausführlichen Betrachtung über die Genfer Völkerbundstagung für wahrscheinlich, daß auch Chamberlain sich mit Stresemann vor der Tagung treffen werde. Die Räumung des Rheinlandes sei ein Problem, an dem ganz Europa teilnehmen werde. Glücklichweise seien Stresemann und Briand zwei Leute, die einander verstanden. Es ständen auf jeden Fall schwierige Verhandlungen bevor, die Zeit in Anspruch nehmen würden. Aber die Locarnoverträge und die Politik der Versöhnung würden auch diese Verhandlungen überleben. Augenblicklich habe Frankreich einen Preis für die Fortsetzung dieser Politik genannt. Es sei schwierig, daran zu zweifeln, daß das Ende des Lauschaes ein anderes sein werde als die Errichtung einer vernünftigen Kontrolle des Völkerbundes und die Räumung des Rheinlandes sowie die Rückgabe des Saargebietes. Chamberlain werde sicher jede Gelegenheit wahrnehmen, die sich biete, um diese Verhandlungen auf das Niveau von Thoiry zurückzuführen und eine Lösung der Abrechnungsfrage in Uebereinkunft mit den Verträgen und der Verantwortlichkeit des Völkerbundes zu sichern.

Loucheur über die Weltwirtschaftskonferenz.

Paris. In der „Neuen Pariser Zeitung“, dem in Paris erscheinenden deutschen Organ, macht Loucheur längere Ausführungen über den Zeitgedanken der nächsten internationalen Weltwirtschaftskonferenz. Er geht von dem Gedanken aus, daß das Wirtschaftsprogramm einer Nation nicht nur von seinen wirtschaftlichen Sorgen, sondern auch von der Frage seiner nationalen Sicherheit abhängig sei. Es würde einen großen Schritt vorwärts bedeuten, wenn infolge des Gedankenaustausches das horizontale System als Basis der Organisierung Europas und der Welt sich entwickeln würde. Die Zollfrage würde dann sehr viel leichter zu regeln sein, sobald die hauptsächlichsten Industrien der Welt derartig organisiert seien, daß sie an ihrer Spitze eine Art Orchesterdirigenten hätten, der für die notwendige Harmonie Sorge. Dann hätte die Zollfrage ein weit geringeres, vielleicht überhaupt kein Interesse mehr. Um die Kriegsurachen auszuschalten zu können, müßte man die wirtschaftliche internationale Zusammenarbeit organisieren.

Forderungen der deutschen Mieterkraft.

Dresden. Der große Ausschuh des Bundes deutscher Mietervereine hat in einer am 27. und 28. November abgehaltenen Tagung in Dresden eine Entschließung gefaßt, in der u. a. gefordert wird eine großartige soziale Wohnungsreform, die Durchführung eines mindestens 10 Jahre berechneten Wohnungsbauprogramms für jährlich 20 000 Wohnungen, Schließung der Grundbücher für private Befehlsgenehmigungen, Verbilligung der 100prozentigen Friedensmiete, Angleichung der Neubaumieten an die Altbaukosten und beschleunigte Einbringung und Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes.

Der Bund wendet sich mit Entschiedenheit gegen jede Forderung des Mieterschutzes und verlangt Schaffung eines sozialen Wohnungswirtschaftsgesetzes als Dauerrecht. Er protestiert mit aller Schärfe gegen die Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 über die Freigabe neuerwerbliger Räume und verlangt Aufhebung der Verordnung.

Der Erfinder Browning gestorben.

Brüssel. Der amerikanische Erfinder J. H. Browning ist in Lüttich, wo er einigen Experimenten in der belgischen Waffenfabrik Verfaul beiwohnte, infolge von Herzschwäche verstorben.

Es war kein Zweifel: alle zeigen den vollen Willen, sich dem Kampf zu widmen. Einmalig und einzigartig ist die Stimmung in den Reihen der Soldaten. Sie sind bereit, alles zu opfern, um die Freiheit ihrer Heimat zu retten. Die deutsche Volkspartei wird in diesem Kampf eine führende Rolle spielen. Wir werden sie unterstützen und mit ihr zusammen die Freiheit unserer Vaterland zu verteidigen.